

**An den Vorsitzenden des
Seniorenrates**

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Seniorenrat	16.05.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Service der Bürgerberatungsstellen in Bielefeld (Antrag von Frau Huber vom 16.05.2018)

Beschlussvorschlag:

**Der Seniorenrat empfiehlt und der Oberbürgermeister beschließt und setzt um,
-dass in allen Stadtteilen Beratungsstellen für die Bürger/innen zur Verfügung stehen;**

-die Öffnungszeiten in den Beratungsstellen dem Nutzerverhalten angepasst werden (mindestens 1 x wöchentlich von 15.00-18.00 Uhr);

-neben den online-Terminen auch spontan Termine zur persönlichen Beratung vereinbart und wahrgenommen werden können.

Begründung:

2015 wurden durch Entscheidung des Oberbürgermeisters die Öffnungszeiten der Bürgerberatungsstellen sowohl in den Stadtbezirken als auch bei der zentralen Bürgerberatung in der Stadtmitte drastisch gekürzt um Personalkosten zu sparen. Diese Maßnahme führte dazu, dass

- die Bürger/innen in den Stadtbezirken in Unkenntnis der Öffnungszeit oft vergeblich die Beratungsstelle aufsuchten (Zeitverlust und große Unzufriedenheit) und im Falle des richtigen Zeitmanagement lange Wartezeiten in Kauf nehmen mussten

- für Berufstätige kaum die Möglichkeit bestand, in der arbeitsfreien Zeit ihr Anliegen zu erledigen

- die Bürger/innen zur zentralen Bürgerberatung Stadtmitte abwanderten und dort ebenfalls lange warten mussten

Als Vertretung der älteren Menschen in Bielefeld plädieren wir dafür, dass diese ihre Obliegenheiten zukünftig (oder wie früher) ohne vergebliche Wege, Zeitverlust, lange Wartezeiten -erschwert noch durch evtl. Immobilität- bei den Bürgerberatungsstellen erledigen können. Im Sinne einer generationsübergreifenden Politik ist es unbedingt erforderlich, dass die Beratungsstellen wenigsten einmal in der Woche am Spätnachmittag für Berufstätige -aber auch für ältere Menschen begleitende Berufstätige- geöffnet haben.

Da wie bekannt die ältere Generation nicht unbedingt am besten digital unterwegs ist, muss unbedingt die Möglichkeit der spontanen Beratung in allen Beratungsstellen erhalten bleiben.

Berichterstattung:

Frau Huber

gez.
Huber